

LEITARTIKEL

Proteststürmen vorbeugen

Wir müssen das Klima besser schützen. Das darf aber nicht zulasten der Armen gehen

Es gibt zwei Arten von Grusel in Deutschland, wenn es um Orkanwarnungen geht. Das mulmige Gefühl, wenn der Sturm an den Fensterläden rüttelt, Züge liegenbleiben und Bäume auf Autos kippen, durchleiden wir gerade. Extremwetter weckt Urängste – zu Recht: Wenn sich Orkane und Überschwemmungen häufen, summieren sich menschliches Leid und Milliardenkosten. Allein das Hochwasser vom vorigen Sommer kostete in Deutschland mehr als 180 Menschen das Leben und richteten Schäden von 33 Milliarden Euro an.



STEVEN GEYER
ksta-politik@
dumont.de

weiter erwärmt. Wer sich das klarmacht, sieht ein: Klimaschutz wird teuer. Aber Nichtstun wird teurer. Leider werden selbst die Pläne wohlwollender Regierungen wie der Ampel

dem nicht gerecht. Und da wird es interessant: Warum fürchten die Wähler den Sturm, aber scheuen doch den Klimaschutz?

Wirtschaftsinteressen und Lobbyeinfluss, Angst vor Verzicht und Überforderung spielen eine Rolle. Entscheidend aber ist, dass manche Klage berechtigt ist – sich also zum Proteststurm aufblasen lässt, bis die Politik konsequentes Handeln scheut. So hilft nur, die Sorgen ernst zu nehmen und Zumutungen zu verkleinern. Klimaschutz dürfen nicht jene zahlen, bei denen das Geld ohnehin knapp ist.

Da ist es gut, dass die Bundesregierung mit einem Klimageld für sozialen Ausgleich sorgen will. Der Zufall wollte es, dass mehrere Umweltverbände gerade in dieser stürmischen Woche eine Studie vorstellten, der zufolge der Staat die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung bürokratiemäßig, kosteneffizient und rechtssicher an die Bevölkerung zurückgeben kann. Das wird ohne Umverteilung, also ohne Widerstände nicht gehen. Den Klimaschutz müssen die Spitzen- und Besserverdiener zahlen. Aber im Zeitalter des Weltraumtourismus sollte so viel Weltrettung durchsetzbar sein.

Darauf kommt es nun an: Nicht mit Untergangsstimmung, sondern mit Ideen lassen sich Alternativen entwickeln. Gefragt sind Alternativen zu Gas und Öl, zur Massentierhaltung, zur Zersiedlung, zum Individualverkehr – und eine Politik, die die Zunahme von Orkanen bekämpft und zugleich Proteststürmen vorbeugt.

Es drohen mehr Stürme und Starkregen

Häufung und Heftigkeit der Unwetter zeigen: Die Folgen des Klimawandels erreichen nun auch die gemäßigten Breitengrade Europas. Der Zusammenhang ist klar: Mit der Erderwärmung steigen Ozean-Temperatur und Verdunstung, das verstärkt die Tiefdruckgebiete und damit Hurrikane, Orkane und Starkregen.

Das Schlimme ist: Besser wird es nie wieder werden. Selbst wenn der CO₂-Ausstoß sofort gestoppt würde, ist genug Schaden angerichtet, damit die Erde sich

KOMMENTAR

Eine heillose Mission

Der Mali-Einsatz des Westens steht vor dem Aus

Die Anzeichen hatten sich zuletzt gemehrt. Mit dem Ende des Anti-Terror-Einsatzes unseres Nachbarn Frankreich und seiner europäischen Verbündeten verdichten sie sich zur Gewissheit: Der Mali-Einsatz des Westens steht vor dem Aus. Damit ist auch der Abzug der Bundeswehr nur noch eine Frage der Zeit.



MARKUS DECKER
ksta-politik@
dumont.de

die er zurückdrängen möchte. Er hat es auf der anderen Seite auch mit einer Militärtarjunta zu tun, die von Wahlen nichts wissen will, russische Söldner ins Land holt und die Europäer feindselig behandelt. Zwischen den Fronten leben die rund 20 Millionen Malier, die mehrheitlich die einstige Kolonialmacht Frankreich verachten.

Das Ziel, Mali und die Sahelzone zu stabilisieren, bleibt im Interesse der Menschen und im westlichen Eigeninteresse richtig. Nur müsste es, um das Ziel zu erreichen, mindestens zwei Anker geben: eine demokratische Regierung und den Rückhalt der Bevölkerung. Auch müssten die Militäreinsätze von umfassender Entwicklungshilfe begleitet werden. Das alles fehlt. So wird das Engagement des Westens vor allem eines: heillos.



Thomas Plafmann

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Gendern nervt – und sensibilisiert

Die junge Generation ist zwiespalten in ihrer Haltung zu geschlechtergerechter Sprache und wünscht sich Flexibilität

Das Thema Gendern polarisiert. Selbst unter jungen Leuten zwischen 14 und 35 Jahren wird es häufig als eine „Verschandelung der Sprache“ wahrgenommen, als sinnlos oder übertrieben. Die Meinungen dazu sind aber deutlich geteilt. Das sind zentrale Ergebnisse einer repräsentativen Studie des „rheingold“-Instituts, basierend auf qualitativen Tiefeninterviews und Gruppendiskussionen sowie einer quantitativen Befragung mit 2000 Teilnehmenden aus der Altersgruppe von 16 bis 35. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) lehnen die Genderdebatte eher ab, fühlen sich zum Teil auch stark „genervt“ oder provoziert. Andererseits halten 44 Prozent die Diskussion für wichtig und gerechtfertigt.



STEPHAN GRÜNEWALD
ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er schreibt aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

Die Aufregung um das Thema hängt damit zusammen, dass vielen nicht genau klar ist, was das Gendern überhaupt bewirken soll. Der Hintergrund einer Gleichbehandlung der Geschlechter wird oft nicht erkannt: 36 Prozent glauben, dass das Gendern Frauen in der Sprache stärker berücksichtigt und für mehr Gleichstellung sorgen soll. Mehr als 50 Prozent denken, es solle eine Neutralität zwischen allen Geschlechtern geschaffen werden. Ein Drittel sieht im Gendern eine Inklusion von Menschen jenseits von Mann und Frau, und ein Fünftel hält es für einen Ausdruck von Feminismus.

Durch diese Unklarheit wird „Gendern“ oft zu einer Chiffre für allgemeine gesellschaftliche Missstände. Über das Gendern werden Stellvertreterkriege gegen verschiedenste Versäumnisse unserer Gesellschaft geführt: von fehlender Integration des Weiblichen, mangelnder Diversität, der ungleichen Entlohnung von Männern und Frauen (Gender Pay Gap) bis hin zur mangelhaften Integration von Flüchtlingen oder dem Problem des Rassismus. Alle diese Themen führen oft zu verbitterten und lautstarken Auseinandersetzungen im Alltag. Psychologisch betrachtet, kann die im Gendern ausgedrückte Sehnsucht nach einem besseren Miteinander in unserer zerrissenen Gesellschaft paradoxerweise geradezu konterkariert werden.

Vor allem die kurze Pause, die in der Aussprache der Wörter beim Gendern den Sprachfluss unterbricht, wird nach Auskunft der Probanden „wie ein holpriges, abruptes Loch“ erlebt, das irgendwann vom Inhalt wegführt und ablenkt. Häufig wird die Wahrnehmung als eine Art sprachliche „Stolperfalle“ beschrieben. Die Bewertungen dazu fallen dann sehr unterschiedlich aus. Die einen sehen im Gendern eine Behinderung im Sprachfluss, die das Trennende eher verstärkt als aufhebt: „Dadurch wird der Unterschied zwischen Männern und Frauen viel mehr dargestellt.“ – „Das wird krasser auseinanderdividiert.“ Oder auch: „Wo ein *innen, da ist auch ein Außen.“

Die anderen – insbesondere die ganz jungen weiblichen Probanden – sehen das Gendern als Zeichen für Toleranz und Modernität. Die „Stolperfalle“ in der gendergerechten Aussprache ist für sie eine freundliche Erinnerung, die für un-

gelöste gesellschaftliche Probleme insgesamt sensibilisiert, nicht nur in puncto Gleichberechtigung.

Da Sprache Wirklichkeit nicht nur abbildet, sondern auch schafft, soll und kann das Gendern zumindest auf Defizite aufmerksam machen und so letztlich ein besseres Miteinander fördern. Das setzt aber voraus, fehlendes Gendern nicht gar zu aggressiv oder zu strikt zu monieren oder gar zu sanktionieren. Sonst sieht man sich schnell einer Sprachpolizei, der „Gendarmerie“, ausgesetzt, fühlt sich gegängelt und unter Kuratel gestellt.

Gerade der Versuch, gesellschaftlich zu mehr Toleranz und einem inklusiven Miteinander beizutragen und dafür zu werben, darf selbst nicht zu rigide und kategorisch daherkommen. Im Umgang mit der Genderdebatte wünscht sich die Mehrheit der jungen Generation deshalb Flexibilität, Toleranz, Humor und eine Fehler-

Der Versuch, für mehr Toleranz zu sorgen, darf selbst nicht zu rigide und kategorisch daherkommen

kultur, damit sich das Gendern in seiner Wirkung nicht unversehens ins Gegenteil des Beabsichtigten verkehrt. Nur elf Prozent der Befragten sind dafür, überall und konsequent zu gendern. Der Übergang in genderte Sprachformen kann durch eine entspannte Haltung und flexible Umgangsformen erleichtert werden – zumal viele Befragte, die bereits aktiv gendern, beobachten, dass nach anfänglicher Irritation oder Verstörung schnell Gewöhnung eintritt.

Die Akzeptanz des Genderns ist überdies stark von den Kontexten und den sprachlichen Räumen abhängig, in denen man sich jeweils bewegt. Insbesondere in der offiziellen Kommunikation mit Institutionen, in Vorträgen, auf Konferenzen oder beim „Employer Branding“, dem Auftreten von Unternehmen, gilt das Gendern als eine Form des Respekts und ist daher unbedingt zu empfehlen. Mehr als 50 Prozent der jungen Generation finden das Gendern in beruflich-formellen Umfeldern wichtig. Von den privaten Räumen, wo man sich unter Freundinnen und Bekannten bewegt, sagen das nur 26 Prozent. Auch ist die Schriftsprache deutlich relevanter als der mündliche Ausdruck. Die gesprochene Sprache darf im Dienst einer pragmatischen Kommunikation flexibler bleiben.

Bei den konkreten geschriebenen Genderformen wiederum gelten die „und“-Form (Lehrerinnen und Lehrer) oder der Schrägstrich als empfehlenswert, weil sie gesellschaftliche Lücken nicht auch noch sprachlich markieren, sondern sich halbwegs fluide ins sprachliche Gefüge einpassen. Der „Genderstern“ (Lehrer*innen) darf als ein Symbol für die Fußnote gelten: Alle, die nicht im Text genannt sind, sind eingeschlossen. Unbeliebt ist insbesondere der Unterstrich (Lehrer_innen), visualisiert er im Schriftbild doch jene Kluft, die eigentlich durch das Gendern geschlossen werden soll.

KOMMENTAR

Schaudern vor der Ampel

Koalition zwischen Grünen, SPD und FDP würde kompliziert

GERHARD VOOGT

Sie ist seit fast fünf Jahren nicht mehr in der Landespolitik aktiv. Dennoch taucht der Name der früheren Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) regelmäßig in den Debatten des Landtags auf, meistens dann, wenn es heiß hergeht. Die Solingerin personifiziert aus Sicht von CDU und FDP eine Politik „mit dem erhobenen Zeigefinger“. Die Menschen in NRW wollten aber keine „Löhrmann 2.0“, mahnte FDP-Fraktionschef Christof Rasche jetzt mal wieder.

Zuvor hatte die Grüne Josefine Paul den Liberalen kräftig vors Schienbein getreten. Der Claim der NRW-FDP zur Landtagswahl „Von hier an weiter“ müsse vielen Familien und Lehrern „wie ein böses Omen“ vorkommen, ätzte sie unter stürmischem Applaus ihrer Fraktion.

Grüne und Liberale sind sich in NRW seit Jahrzehnten spinnefeind. Nachdem in Berlin eine Ampel-Koalition gebildet wurde, schaudert es viele Vertreter der beiden Parteien bei dem Gedanken, das Modell in Düsseldorf nach der Landtagswahl kopieren zu müssen. Der Druck vom Bund, auch in NRW ein solches Bündnis zu schmieden, dürfte enorm werden.

Aber: Auch mit der SPD haben die NRW-Grünen nicht nur gute Erfahrungen gemacht, als sie gemeinsam das Land regierten. Sollte es für Schwarz-Grün reichen, würden die Grünen wohl dankend auf einen Dreier-Pakt verzichten.

Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) kann sich über diese Ausgangslage nur freuen. Das vergiftete Klima zwischen den potenziellen Ampel-Partnern lässt seine Chancen, im Amt zu bleiben, steigen.



KÖLNER STADT-ANZEIGER MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont 1, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Lutz Feierabend, Dr. Sarah Brasack.
Head of Digital: Martin Dowidit.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefredakteur: Joachim Frank.
Köln: Christian Hümmler (Leitender Redakteur);
Landeskorrespondenten: Gerhard Voogt (Leitender Redakteur), Frank Olbert (Bildung);
Newsteam: Kendra Stenzel; NRW-Story: Claudia Lehnen, Maria Dohmen (Reportage); Wirtschaft: Thorsten Breitkopf; Sport: Christian Löer; Kultur: Anne Burgmer; Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meysner; Chefredakteur: Peter Berger, Detlef Schmalenberg, Karlheinz Wagner; Art Director: Nikolas Janitzki; Produktion: Klaus Schröder;
Regioedit: Michael Greuel, Christine Badke. Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH; Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damir Fras; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kma
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@duMont.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg - Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG - ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Verlagsgeschäftsführer: Mirco Strielwiski, Karsten Hundhausen.
Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 24a vom 01. Januar 2022 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224 23 32
E-Mail: abo-kundenservice.koeln@duMont.de
Anzeigen-Service
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224 24 91
E-Mail: anzeigen.koeln@duMont.de
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de